

Material des Parteitages in Melsungen an den Landesvorstand

Antragsteller: Kreisverband Vogelsberg

Antragsthema: Zur Situation nach der Bundestagswahl

Antrag: Es gibt keine konservative Mehrheit im Lande

Die Bundestagswahlen und auch die letzten Landtagswahlen haben für die LINKE parlamentarisch erfolgreich geendet. CDU und FDP können aber erstmals wieder seit Zeiten Helmut Kohls gemeinsam die Bundesregierung bilden. Die parlamentarische Mehrheit für Schwarz-Gelb stützt sich allerdings nur auf ein Drittel aller Wahlberechtigten.

Damit fehlt dieser Regierung der gesellschaftliche Rückenwind für einen politisch-konservativen Wandel. Die Mehrheit von CDU und FDP ist nicht Ausdruck des Erstarkens der rechten Mitte. Vielmehr geht diese Mehrheit auf die sehr niedrige Wahlbeteiligung und auf den Zusammenbruch der Zustimmung für die SPD zurück. Die Gruppe der Nichtwähler ist inzwischen deutlich größer als der Stimmenanteil von CDU oder SPD. Die Verweigerungshaltung großer Teile der Bevölkerung ist bedenklich für den Zustand der demokratischen Kultur des Landes.

Die SPD hat in größtem Umfang Enttäuschte an die Gruppe der Nichtwähler verloren, die in der LINKEN bisher keine Alternative für ihre Wahl sehen. CDU und FDP werden jetzt den Kurs der Großen Koalition fortsetzen und die sozialen Spannungen in der Gesellschaft verschärfen.

Gegen diese neoliberalen Angriffe müssen gesellschaftliche Bündnisse geschaffen werden, die über die Verteidigung erreichter Standards hinaus, alternative Entwicklungswege für eine soziale, demokratische und ökologische Gesellschaft aufzeigen.

Wir belassen es nicht dabei, den Zustand der Gesellschaft und einen neuen Aufguss schwarz-gelb-neoliberaler Strategien zu beklagen. Wir sind selbstbewusst genug, Alternativen einzufordern, selbst zu formulieren und vorzuschlagen und dafür Verbündete auf gemeinsamen Wegstrecken gegen die drohende gesellschaftliche Restauration zu suchen - auf der Straße ebenso wie in den Parlamenten. Wir wollen mit allen zusammen gehen, die eine ganze Welt zu gewinnen haben: Gewerkschaften, die Frauenbewegung, die ökologischen Aktivistinnen und Aktivist, die Friedensbewegung, die kritischen Intellektuellen, Sozialverbände und Dritte-Welt-Gruppen.

Die LINKE ist parlamentarisch bundesweit verankert

Mit 11,9 % schnitt DIE LINKE so gut ab wie bei keiner Bundestagswahl zuvor. Sie wurde in den ostdeutschen Bundesländern mit durchschnittlich 28,5% stärkste bzw. zweitstärkste Kraft.

Die Linke hat in allen Bundesländern die 5%-Marke überschritten und damit die Beschränkung auf traditionell linke Wählermilieus durchbrochen. Sie ist damit auch in der medialen Welt endgültig in einem Fünf-Parteiensystem parlamentarisch verankert.

Es gibt dennoch große Unterschiede zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern. Mit 8,3 % der Stimmen ist die Linke im Westen die deutlich kleinste Oppositionspartei. In Ostdeutschland bildet nicht die SPD, sondern allein die LINKE den Antagonisten zur CDU. Von der LINKEN als Volkspartei wird deshalb nicht nur die Übernahme parlamentarischer Verantwortung erwartet, sondern auch, soweit möglich, ein Politikwechsel in der Regierung.

Der CDU ist es momentan gelungen, sich mit der FDP und den Grünen zwei kleine Koalitionspartner zur Verfügung zu halten. Gegen den bürgerlich-konservativen Block muss für die Zukunft eine regierungsfähige politische Alternative aufgebaut werden.

Um einen grundlegenden politischen Richtungswechsel durchzusetzen, müssen sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links verändern. DIE LINKE kann einen solchen Richtungswechsel nicht allein schaffen, aber sie kann einen entscheidenden Beitrag dazu

leisten. Grüne und Sozialdemokraten müssen wissen, dass ihre eigene Rhetorik vom ökologischen und sozialen Umbau der Gesellschaft konkret nur mit der LINKEN realisierbar ist. Den politischen Druck, in dieser Weise vor den Wählern Farbe bekennen zu müssen, sollten wir den Grünen und Sozialdemokraten nicht durch die eigene politische Abschottung ersparen.

Die LINKE muss Akteur des Politikwandels werden

Die LINKE wird weiterhin die demokratischen und sozialen Bewegungen unterstützen. Der Grad gesellschaftlicher Akzeptanz und Reputation um dieser Aufgabe genügen zu können, hängt wesentlich davon ab, dass die LINKE auch im Westen der Republik nicht nur Fraktionen in den Landesparlamenten bildet, sondern vor allem auch breit in die Kommunalparlamente einzieht.

Gelingt es der LINKEN, sich als die politische Alternative zu profilieren, dann werden sich die Illusionen von SPD und Grünen, die LINKE parlamentarisch zu domestizieren, rasch in Rauch auflösen.

DIE LINKE hat durch das Wahlergebnis die Meinungs- und Oppositionsführerschaft gerade in sozialen Fragen angeboten bekommen. Ob und wie sie diese Rolle ausfüllt, entscheidet in hohem Maße mit darüber, ob eine gesellschaftliche Reformbewegung gegen eine schwarzgelbe Mehrheit entsteht. Dazu müssen gesellschaftlich wirksame Bündnisse geschmiedet werden.

Die globalen Finanz-, Wirtschafts- und Klimakrisen untergraben die Lebensbedingungen der Menschen und führen in zunehmendem Maße zu Gewalt und Kriegen. Diese globalen Konflikte werden regional und lokal exekutiert und müssen von uns auch dort bekämpft werden.

Für die weitere Entwicklung der Partei, ist deshalb eine offene Programmdebatte notwendig, bei der eine klare strategische Perspektive erarbeitet werden muss und in deren Prozess die LINKE als entscheidender Akteur für einen Politikwechsel in der krisenhaften kapitalistischen Gesellschaft erkennbar wird.

Eine kleine Organisation in einem großen Flächenland wie Hessen wird Probleme mit der notwendigen Kampagnenfähigkeit haben. Dies kann aber ausgeglichen werden, wenn die Partei die Möglichkeiten zur Öffentlichkeitsarbeit verbessert und die modernen Kommunikationsmedien professionell nutzt, um eine von den Pressemedien unabhängige Gegenöffentlichkeit entwickeln zu können.

In den ländlichen Regionen Hessens haben wir bei der Bundestagswahl höhere Zugewinne erzielt als in den größeren Städten. Unsere Infrastruktur ist dort aber noch immer sehr schwach ausgebildet. Hier gilt es in den kommenden Monaten Sorge zu tragen, dass wir uns nicht zu einer Metropolenpartei entwickeln. Die politische Arbeit der Fraktion muss für den Rest der Partei besser nutzbar gemacht werden. In diesen Bereichen sind unschätzbare Synergieeffekte zu erzielen.

Um den hessischen Landesverband der LINKEN effektiver führen zu können, muss der Landesvorstand dringend von einem debattierenden zu einem arbeitenden Gremium weiterentwickelt werden, das den Mitgliedern des Landesvorstandes unter sich ausreichend Zeit zur Beratung und Beschlussfassung eröffnet.

Beschlossen mit wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen